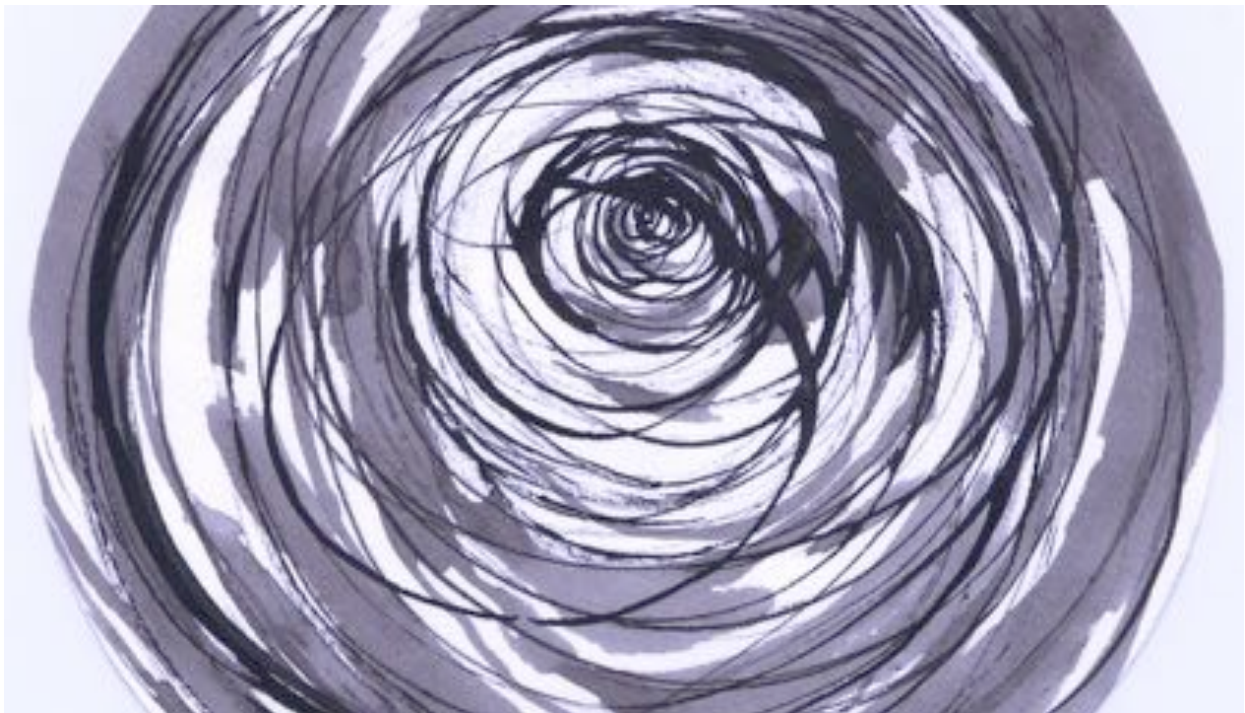


Darf nicht bleiben – kann nicht gehen

Margrit Schöbi und Rudolf Albonico - 06-2019



Es gibt in der Schweiz hunderte abgewiesene AsylbewerberInnen, die hier nicht bleiben dürfen, aber auch nicht in ihr Herkunftsland zurück können. Was das Staatssekretariat für Migration dazu sagt. Und: welchen Spielraum der Jurist, Professor für Migrationsrecht und Präsident der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter sieht.

Prêles ist erledigt. Am 13. März 2019 hat der Bernische Grosse Rat das [Projekt eines Ausreisezentrums in Prêles](#) mit 80 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Das war möglich, weil viele Grossrätinnen und Grossräte aus allen politischen Lagern verstanden haben, dass das Vorhaben ein menschenrechtlicher und wirtschaftlicher Unsinn gewesen wäre.

Aber: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Der zuständige Regierungsrat Philippe Müller und seine Leute vom Migrationsdienst (MiDi) suchen nun einen anderen Ort für die «Zwischenlagerung» der Abgewiesenen.

Abgewiesen ohne Rückkehrmöglichkeit – Überleben mit Nothilfe

Nach dem Entscheid des Grossen Rates können die abgewiesenen Asylbewerber ohne Rückkehrmöglichkeit für den Moment weiterhin dort leben, wo sie heute sind: im Dorf, in der Stadt, auf dem Berg – im Asylzentrum, in einer WG, in einer Wohnung zu mehreren, in einer Schweizer Familie.

Doch niemand weiss, wie lange sie dort sein können: Tage? Monate? Jahre? Vielleicht werden sie irgendwann ausgeschafft oder in ein Lager gebracht, vielleicht nie. Sie haben zwar ein Dach über dem Kopf, medizinische Grundversorgung und für Essen, Kleidung, Freizeit bekommen sie in Biel 8 Franken pro Tag – zu vorgegebenen Zeiten abzuholen. Arbeiten ist ihnen aber verboten, Lernen auch: kein Sprachkurs, keine Berufslehre. Das nennt sich Nothilfe: Not ja, aber keine Hilfe. In der ganzen Schweiz erhalten gut 3000 Abgewiesene Nothilfe, Tendenz steigend. Manche sind seit Jahren in dieser Situation.

Seit sie abgewiesen sind, haben sie kein Recht mehr hier zu sein, sie sind illegal da. Viele von ihnen haben kein Dokument vorzuweisen, das bestätigen würde, dass es sie überhaupt gibt. Deshalb «sollen sie gehen», die Schweiz verlassen. Nichts ändert sich an ihrer mühseligen, ausweglosen Situation, am Dilemma, in dem sie sich befinden und das sie nicht beeinflussen können.

Warum gehen sie nicht einfach in ein anderes Land?

In das Land, aus dem sie geflüchtet sind, können sie nicht zurück, weil sie dort seit ihrer Flucht noch stärker gefährdet sind als vorher, Gefängnis oder Folter drohen ihnen. Aus diesem Grund würde zum Beispiel die Wegweisung der TibeterInnen nach China (Tibet = chinesische Provinz) gegen die Menschenrechte verstossen. Oder sie haben keinen Bezug zu ihrem Herkunftsland, weil sie nie dort gelebt haben – zum Beispiel junge AfghanInnen, die im Iran als Flüchtlinge geboren sind. Oder ihr Herkunftsland würde sie gar nicht einlassen. Trotz widrigsten Bedingungen bleiben sie. Sie haben keine andere Wahl.

Nach der [Dublin-II-Verordnung](#) ist jeweils der Staat, in dem ein Flüchtling zum ersten Mal in die EU einreist, allein für dessen Versorgung und die Behandlung möglicher Asylanträge verantwortlich. Geflüchtete, die in einem EU-Land registriert worden sind, können nicht in einem anderen EU-Land ein Asylgesuch einreichen. Die Schweiz hat dieses Abkommen auch unterzeichnet.

Wenn nun in der Schweiz registrierte Geflüchtete in ein anderes westeuropäisches Land gehen, werden sie zurückgeschickt, weil die Schweiz für sie zuständig ist. Hier sind sie dann weiterhin illegal. Wir kennen kein Land, das abgewiesene Flüchtlinge aufnehmen würde.

Warum gibt es abgewiesene Flüchtlinge – zum Beispiel TibeterInnen – die nirgendwo hin können und in der Schweiz trotzdem keine Aufnahme finden?

Diese Frage haben wir Herrn Mario Gattiker, Direktor des Staatssekretariats für Migration SEM, gestellt.

Wir hofften auf eine klare Antwort, also auf Hinweise, was Abgewiesene konkret tun könnten, um ihre Situation zu verändern. Gattiker schreibt: „*Die Asylsuchenden unterliegen einer „Mitwirkungspflicht“ und müssen ihre Identität offenlegen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, verunmöglichen sie dem SEM die Abklärung ihrer Schutzbedürftigkeit...*“

Der Staat (und nicht nur in der Schweiz) geht davon aus, dass jeder Mensch ein amtliches Papier besitzt (ID oder Pass), das bestätigt, wer man ist, oder dass man dieses bei der Vertretung des

eigenen Landes «abholen» kann. Wenn man aber kein solches Papier vorzeigen kann – was für viele Abgewiesene der Fall ist – weil man gar nie ein solches besessen hat, weil es einem schon im eigenen Land weggenommen wurde oder auf der Flucht verloren ging, oder weil ein Besuch bei der Vertretung des eigenen Landes die zurückgebliebene Familie oder Freunde gefährden würde, was dann? Dann geht das SEM davon aus, dass die/der GesuchstellerIn der «Mitwirkungspflicht nicht nachkommt». Es zieht dann den Schluss, die gemachten Angaben seien falsch, die Person komme gar nicht aus dem Land, das sie angibt.

Die obenstehenden Informationen entnehmen wir hauptsächlich drei Briefen des Staatssekretariats für Migration, mit dem wir zwischen Februar und Mitte Mai in Briefkontakt gestanden sind. (siehe: **„Darf nicht bleiben – kann nicht gehen: der Briefwechsel dazu“**)

Was aus den Abgewiesenen wird

Kürzlich haben wir gelesen, dass Deutschland Abgewiesene ohne Rückkehrmöglichkeit in Länder zurückgeschafft hat, wo sie an Leib und Leben bedroht sein können.

Hier in der Schweiz tut das SEM seit Jahren alles, damit die Abgewiesenen von selber gehen – aber mit wenig Erfolg.

Seit Jahren leben sie hier mit massiven Einschränkungen: ihr Lebensraum ist eng begrenzt, auf Schritt und Tritt stehen sie unter Kontrolle, andere bestimmen über ihr Leben. Sie sind wie Gefangene mit Fussfesseln. Schlimmer noch: ihre «Schuld» ist ein einmaliger Verstoss gegen Landesgrenzen, die «Strafe» dafür hat kein Ende – so ähnlich geht es nur gefährlichen Verbrechern, die lebenslänglich verwahrt werden.

Während unserer Gesellschaft Arbeitskräfte fehlen, sollen die Abgewiesenen ihr Nothilfe-Geld abholen und zuschauen, wie andere arbeiten. So verschwenden sie ihre Lebenszeit. Gleichzeitig verschwendet der Staat Steuergelder und menschliche Kräfte und Ressourcen.

Wie lange kann man in diesem Zustand leben, ohne in eine Depression zu verfallen, zu verzweifeln, oder in die Illegalität abzurutschen, gewalttätig zu werden, ein Dieb, ein Dealer? Sie haben nichts zu verlieren, sie besitzen ja nichts. Oder vielleicht doch: kleine Kinder, illegal hier, wie ihre Eltern. Sie werden neun Jahre zur Schule gehen, nachher ist Schluss: keine Ausbildung, kein Beruf. Sie werden nichts zu tun haben. Wenn sie sich irgendwann doch noch in die Gesellschaft eingliedern und für sich selber aufkommen sollen, wird das sehr schwierig sein. Die jetzigen erwachsenen Abgewiesenen können wegen dem Arbeitsverbot keine AHV-Beiträge einzahlen. Sie werden deshalb auch im Alter unterstützt werden müssen, und weiterhin in Armut leben.

Für sie ist es ein Leben ohne Aussicht auf eine Änderung, verbunden mit der Angst, doch noch ins bedrohende Herkunftsland zurückgebracht zu werden. Für den Staat sind die Kosten hoch und werden mit den Jahren noch zunehmen.

Lösungswege suchen

In unseren Unterlagen haben wir einen Artikel mit dem Titel «Heimat- und Rechtlose unter uns: Nicht-Abschiebbare in der Schweiz» von Prof. Dr. iur Alberto Achermann,

Er vergleicht die Situation von heutigen Abgewiesenen und Rechtlosen mit Menschen, die im letzten Jahrhundert von Gesellschaft und Staat ausgegrenzt oder eingesperrt wurden – Stichwort: fürsorgerische Zwangsmassnahmen, Fremdplatzierungen. Es waren Menschen, die nicht in die «gute

Gesellschaft» hineinpassten, sie waren «anders» als jene, die das Sagen hatten: Landstreicher, junge Mädchen mit «illegitimen» Kindern, Arme.

Achermann fragt: *«Wie ist solch kollektives Versagen zu verhindern?»*

Und antwortet: *«Durch ein Abstellen auf universell anerkannte menschenrechtliche Standards und durch eine Haltung, dort besonders genau hinzuschauen, wo Menschen stark leiden.»*

Dann kommt er auf die Gegenwart zu sprechen, schreibt von Menschen, die nach einem negativen Asylentscheid von der Nothilfe leben müssen. Er betrachtet beide Seiten: *«Einerseits soll irreguläres Verhalten nicht belohnt werden.... Andererseits muss jedes staatliche Verfahren verhältnismässig sein und die Massnahmen müssen geeignet sein, das angestrebte Ziel (Ausreise oder Rückkehr) zu erreichen. Zeigt sich nach Jahren, dass dieses Ziel nicht realistisch ist, muss die Situation neu geprüft werden.»*

Er zeigt auf, dass unsere Rechtsordnung Mechanismen kennt, mit welchen der Staat nachgibt: etwa Verjährung, Begnadigung, Amnestie, und dass der Staat Grundprinzipien anwenden kann wie «Gnade vor Recht» In einem Satz: Der Staat kann nachgeben, wenn es gute Gründe gibt.

«Diese Grundprinzipien sollten auch auf gestrandete, nicht abschiebbare Menschen Anwendung finden, ohne dass dies eine Gefahr für die Rechts- und soziale Ordnung bedeuten würde. Eine Lösung wird uns vor dem Vorwurf späterer Generationen bewahren, hartherzig oder teilnahmslos gehandelt zu haben.»

Margrit Schöbi war conseillère en orientation professionnelle à l'OP de Bienne/ BIZ Biel. Sie arbeitet im Migrationsbereich: bei Internido mit Deutsch-aktiv und Deutschkurs, in einer Bieler Empfangsklasse, sowie für die Legalisierung von Abgewiesenen und als deren Begleiterin.

Rudolf Albonico ist Soziologe und Erwachsenenbildner in Biel/Bienne. Engagiert in der Arbeit mit Personen mit Migrationshintergrund weiss er, wie wichtig eine gute und frühe Betreuung von Asylsuchenden ist für eine gelingende Integration.

Kommentar

Wir stellen Fragen und suchen nach Antworten.

Genügen die Verfahren beim SEM und vor dem Bundesverwaltungsgericht rechtsstaatlichen Ansprüchen? Vielleicht. Wir sind davon nicht überzeugt: Zu viele Hypothesen werden aufgestellt, – nachzulesen im 1. Brief des SEM, vom 26.2.19 – zu wenige Beweise erbracht – ebenfalls dort.

Aber selbst wenn die Verfahren einigermaßen korrekt gewesen wären: Wenn dieses Verfahren derartigen Unsinn, so grosse Kostenfolgen, so unwürdige Behandlung von Menschen zur Folge hat, sollten wir uns vielleicht nicht etwas Gescheiteres einfallen lassen? Dass zum Beispiel der Kanton Bern beim Bund intervenieren könnte – schliesslich muss der Kanton ausfressen, was ihm der Bund einbrockt. Sollte vielleicht der Kanton ein menschenwürdigeres, sinnvoller, auf die Dauer kostengünstigeres Regime einführen? Wir meinen ja. Wieso frustrierte, hoffnungslose Abgewiesene produzieren, wenn wir motivierte, geschulte, kreative Menschen als neue MitbürgerInnen und als gesuchte Arbeitskräfte dringend brauchen? Übrigens: Samt ihren Kindern.

Wir, die Autoren dieses Berichts, setzen uns ein, dass die Abgewiesenen ohne Rückkehrmöglichkeit Anspruch erhalten auf gleiche Rechte wie alle anderen Bewohner dieses Landes. Die Bedingungen der Nothilfe müssen aufgehoben werden – Menschenrechte müssen für alle Menschen gelten, auch für die Abgewiesenen.

Darf nicht bleiben – kann nicht gehen: der Briefwechsel dazu – Vision 2035

Rudolf Albonico, 2019-06

Seit wir verschiedene TibeterInnen kennen, die seit Jahren einen abschlägigen Asylentscheid haben und eigentlich längst in ihrem Land zurück sein müssten, hier auf Nothilfe angewiesen sind und nicht arbeiten dürfen, verstehen wir die Welt nicht mehr. Zudem sind wir auf folgende Aussage gestossen, die uns zusätzlich irritiert:

„Die Schweiz verfolgt mit ihrer Asylpolitik ein klares Ziel: Menschen, die auf Schutz angewiesen sind, sollen diesen Schutz in der Schweiz erhalten; Menschen, die nicht auf Schutz angewiesen sind, sollen die Schweiz rasch wieder verlassen....“

Es ist offensichtlich, dass Tibeter nicht zurückgeführt werden können, weder in den Tibet noch nach Nepal oder Indien. Wir erinnern an den Fall Yangdon Chorasherpa, eine Geschichte, welche uns sehr betroffen machte und wohl kein Highlight in der Schweizer Asylgeschichte darstellt.

Warum also erhalten nicht alle Tibeter (sowie Personen aus anderen Ländern, wohin keine Rückschaffung möglich ist) nicht mindestens eine provisorische Aufnahme?“

Unglaublich, angeblich, vermutungsweise, möglicherweise

Gattiker antwortete wie folgt:

*„... Macht eine asylsuchende Person tibetischer Ethnie **unglaubliche** Angaben über ihre **angebliche** Sozialisierung in der Volksrepublik (VR) China, ist **vermutungsweise** davon auszugehen, dass sie eine Aufenthaltsbewilligung oder eine Duldung in einem Drittstaat, **möglicherweise** sogar eine andere Staatsangehörigkeit besitzt. Die Asylbehörden prüfen deshalb den Vollzug der Wegweisung nicht in die VR China, sondern an den bisherigen Aufenthaltsort. Verunmöglicht die asylsuchende Person durch ihr Verhalten die Prüfung, über welche Staatsangehörigkeit respektive über welchen Aufenthaltsstatus sie in einem Drittstaat verfügt, ist **vermutungsweise** davon auszugehen, dass keine flüchtlings- oder wegweisungsbeachtlichen Gründe gegen eine Rückkehr an den bisherigen Aufenthaltsort bestehen. Das SEM lehnt das Asylgesuch ab und ordnet den Vollzug der Wegweisung an, jedoch unter Ausschluss des Vollzugs nach China.“*

(Hervorhebungen durch uns).

Auf Deutsch heisst das: Diese Tibeter sollen schauen, dass sie „zurück“ nach Nepal oder nach Indien verreisen. Beide Länder stellen aber keine Dokumente aus; meistens reagieren sie nicht einmal auf Anfragen. Quintessenz: Die abgewiesene Person kann irgendwo hin und in der Schweiz will man sie auch nicht. – So geht es übrigens nicht nur Personen aus Tibet. Viele EritreerInnen, Menschen aus Afghanistan und etlichen weiteren Ländern sind in ähnlichen Situationen. Personen aus Afghanistan, beispielsweise, lebten oftmals als Secondos jahrelang im Iran, haben null Bezug zu Afghanistan, und in den Iran zurück können sie auch nicht, weil sie früher ohne Reisepapiere dort leben und arbeiten durften, jetzt aber nicht mehr.

Kann es sein, dass ein sog. rechtsstaatliches Verfahren derart viel Unrecht produziert?

Diese Antworten aus dem SEM führte bei uns zu neuen Fragen, die wir in einem zweiten Brief an Mario Gattiker übermittelten:

*„... In Ihrer Antwort erläutern Sie das Verfahren. Was fehlt, ist eine Stellungnahme zum **Output des Verfahrens**. Kann es sein, dass ein sog. rechtsstaatliches Verfahren derart viel Unrecht produziert?*

Kann es sein, dass ein sog. rechtsstaatliches Verfahren derart viele Dysfunktionalitäten erzeugt: Unbeschäftigte und von Berufslehre Ausgeschlossene bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel – Pflegebereich!; ergebnislose Asylbürokratie; hohe und andauernde Kosten usw. ...“

Dysfunktionalitäten könnte man auf Deutsch mit Leerlauf übersetzen. Ein Beispiel: Es gibt junge Asylsuchende, welche – solange sie im Asylverfahren sind – eine Berufslehre machen und die Berufsschule besuchen können. Sobald sie aber den Entscheid „Abgewiesen“ erhalten, dürfen sie gar nichts mehr. Von einem Tag auf den andern müssen sie Lehrstelle und Berufsschule verlassen.

Wir schrieben in diesem zweiten Brief dann noch folgendes:

*„Wir bitten Sie sehr, sich dafür einzusetzen, dass für die Abgewiesenen (nicht nur für die Tibeter*innen) bessere Lösungen gefunden werden. Vielleicht auch, indem man sie gar nicht erst „abweist“?“*

Wir haben die Zeit der administrativ Versorgten noch miterlebt. Gegenwärtig müssen wir leider eine neue Variante von „administrativ Versorgten“ erleben. Dagegen wehren wir uns. Sie sind an einer absolut entscheidenden Position. Bitte nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr für eine Schweiz, in der Menschenrechte für alle gelten.“

Die Antwort auf diesen zweiten Brief, datiert vom 1. April 2019:

„Ich verstehe Ihren Standpunkt und Ihren Unmut, kann Ihnen jedoch keinen besseren Bescheid geben. Das Staatssekretariat für Migration trägt die Verantwortung für die korrekte Durchführung des Asylverfahrens. Das Schweizer Asylverfahren beruht auf der Flüchtlingskonvention und dem Asylgesetz und verfolgt das Ziel, denjenigen Personen Schutz zu gewähren; die in ihrem Heimat- oder Herkunftsstaat ernsthafter, asylrelevanter Verfolgung ausgesetzt sind. Die Asylsuchenden unterliegen einer Mitwirkungspflicht und müssen ihre Identität offenlegen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, verunmöglichen sie dem SEM die Abklärung ihrer Schutzbedürftigkeit. In solchen Fällen wird praxisgemäss vermutet, dass keine Gründe gegen eine Rückkehr an den bisherigen Aufenthaltsort bestehen (vgl. das Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts E-2981/2012 vom 20. Mai 2014).

Es steht weggewiesenen Asylsuchenden – namentlich auch Personen tibetischer Ethnie – jederzeit frei, ihre Identität nachträglich offenzulegen. Unter dieser Voraussetzung wäre es den Asylbehörden möglich, den effektiven Schutzbedarf zu prüfen.

Asylsuchenden kann im Übrigen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden, wenn sie sich mindestens seit fünf Jahren in der Schweiz aufhalten, der Aufenthaltsort den Behörden immer bekannt war und wegen der fortgeschrittenen Integration ein schwerwiegender persönlicher Härtefall vorliegt (Art. 14 Abs. 2 Asylgesetz). Für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sind grundsätzlich die kantonalen Behörden zuständig.

Abschliessend versichere ich Ihnen, dass ich mich auch in Zukunft dafür einsetzen werde,

dass Personen, die an Leib und Leben bedroht sind, in der Schweiz Schutz erhalten. Zu einer glaubwürdigen und humanitären Asylpolitik gehört jedoch auch, dass Personen, die den Schutz unseres Landes nicht benötigen, die Schweiz wieder verlassen müssen.“

Am 22. April 2019 sandten wir einen dritten Brief an Herrn Gattiker, mit folgendem Inhalt:

„Wir vermissen Ihre Antworten auf die von uns aufgeführten Fragen, nämlich:

„In Ihrer Antwort erläutern Sie das Verfahren. Was fehlt, ist eine Stellungnahme zum Output des Verfahrens.

Kann es sein, dass ein sog. rechtsstaatliches Verfahren derart viel Unrecht produziert?

Kann es sein, dass ein sog. rechtsstaatliches Verfahren derart viele Dysfunktionalitäten erzeugt: Unbeschäftigte und von Berufslehre Ausgeschlossene bei gleichzeitigem Arbeitskräftemangel – Pflegebereich! – ergebnislose Asylbürokratie; hohe und andauernde Kosten usw.“

Für die Beantwortung dieser und der folgenden Fragen wären wir Ihnen dankbar.

*So wissen wir beispielsweise immer noch nicht, was eine (abgewiesene) tibetische Person tun soll, **nachdem** sie sich, mit Angaben zu ihrer Person, an die indische oder die nepalesische Botschaft gewandt hat – erfolglos. Oder wie eine tibetische Person die chinesische Botschaft kontaktieren soll, ohne ihre Angehörigen in der VR China an Leib und Leben zu gefährden.“*

Statt Herrn Gattiker antwortete mit Datum vom 10. Mai und Ankunft am 16. Mai 2019 Frau Esther Maurer, Vizedirektorin des SEM:

Sie zeigen sich besorgt, dass das Asylverfahren Dysfunktionalitäten produziere. Namentlich führe es zu unbeschäftigten und von der Berufslehre ausgeschlossenen Personen. Ich teile Ihr Anliegen, dass solche Folgen des Asylverfahrens im Rahmen des gesetzlichen Rahmens wenn immer möglich zu vermeiden sind. Wenn allerdings Personen durch wahrheitswidrige Angaben die Prüfung ihrer Asylgründe verunmöglichen, haben diese ihren Status in der Nothilfe selbst zu verantworten. Es handelt sich somit um ein rechtsstaatlich korrektes Vorgehen, welches – entgegen Ihrer Darstellung – keinerlei „Unrecht“ produziert. Wie Ihnen Herr Staatssekretär Gattiker bereits in seinem Schreiben vom 1. April 2019 dargelegt hat, ist der Zweck des Asylverfahrens, schutzbedürftige Personen zu schützen. Die Förderung der Integration abgewiesener Personen ist nicht Aufgabe des Asylverfahrens und würde den Zielsetzungen der Schweizer Migrations- und Asylpolitik widersprechen.

Ihre Frage, welche Handlungsoptionen abgewiesenen asylsuchenden Personen tibetischer Ethnie offenstehen, erachte ich damit als beantwortet. Die asylsuchende Person ist nämlich verpflichtet, ihrer Mitwirkungspflicht nachzukommen und ihre Identität offen zu legen. Sollte sie ihre tatsächliche Identität, respektive Herkunft nachträglich glaubhaft machen, können die Asylbehörden im Rahmen eines ausserordentlichen Verfahrens prüfen, ob sie schutzbedürftig ist oder aber in einen Drittstaat oder ihren Heimatstaat zurückkehren kann. ...

Ich weise gerne nochmals auf das Koordinationsurteil E-2981/2012 des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Mai 2014 hin, aus welchem Sie sämtliche Details zur Rechtsprechung betreffend Personen tibetischer Ethnie entnehmen können.

Ich hoffe, damit Ihre Fragen beantwortet zu haben, und bitte Sie um Verständnis, dass das SEM es sich vorbehält, auf weitere Schreiben in gleicher Angelegenheit nicht mehr einzugehen. ...“

Was immer die betroffene Person macht oder unterlässt – es ist falsch

Herr Gattiker schreibt (s.o.):

„Die Asylsuchenden unterliegen einer Mitwirkungspflicht und müssen ihre Identität offenlegen. Kommen sie dieser Pflicht nicht nach, verunmöglichen sie dem SEM die Abklärung ihrer Schutzbedürftigkeit. ...“

Was genau soll die betreffende Person tun?

Variante A: Sie kann effektiv ein Dokument aus Tibet (VR China) beschaffen. Was meint der Berner Migrationsdienst in diesem Fall:

„Der Migrationsdienst kann aufgrund des hauptsächlich geltend gemachten in Tibet beschafften Beweismittels „.....“ (Bezeichnung des entsprechenden Dokuments) beim SEM keinen Antrag auf vorläufige Aufnahme wegen Unmöglichkeit (der Rückkehr oder Ausschaffung) stellen. Dies ist aus dem nachfolgenden Grund rechtlich nicht möglich. ... Jegliche Dokumente zwecks Belegung der Identität, die Sie aus China beibringen, müssen beim SEM im Rahmen eines Wiedererwägungsgesuchs eingereicht werden, denn mit einem solchen Dokument wollen Sie nachträglich beweisen, dass Sie entgegen der Auffassung der Bundesbehörden, in China gelebt haben, und wie Sie geschildert haben, aus Tibet ausgereist seien.“

Also müsste die betreffende Person ein Wiedererwägungsgesuch stellen. Wenn sie aber ihre chinesische Identität beweisen will, muss sie Papiere in oder von China beschaffen. Damit gefährdet sie ihre in Tibet lebenden Angehörigen...

Variante B: Die betreffende Person akzeptiert, dass das SEM glaubt, sie komme von Nepal oder Indien.

Die Antwort des MiDi dazu:

„Soweit Sie vorgebracht haben, die nepalesischen Behörden und indischen Behörden angeschrieben zu haben und es sich um die Schreiben handelt, die Sie im Rahmen des Härtefallgesuchs beim Migrationsdienst eingereicht haben, sind sie unzureichend. Es ist offenkundig, dass nepalesische und indische Behörden keine Aufenthaltserlaubnisse ausstellen, wenn nicht die erforderlichen Dokumente vorgelegt werden (vgl. dazu auch Ziffer 3 Punkt 8 „Papierbeschaffung“ des Gesprächsprotokolls vom (Datum)).“

Zwischenbemerkung 1: Im Originalbrief ist das „Sie“ öfters klein geschrieben, womit die Verständlichkeit des Briefes zusätzlich erschwert ist.

Zwischenbemerkung 2: Wenn die betreffende Person ihre Identität offenlegt gegenüber den nepalesischen Behörden, ist es möglich, dass sie ihre Angehörigen in Tibet gefährdet, denn Nepal ist nicht „dicht“ gegenüber China. Und eine „Rückkehr“ nach Nepal wäre ohnehin extrem gefährlich, wie der Fall Yangdon Chorasherpa zeigt.

Schauen wir also nach, was im erwähnten „Gesprächsprotokoll“ steht:

„Offenlegung der Identität und die Kooperationsbereitschaft in Bezug auf die Papierbeschaffung:

Sie haben bei den Bundesbehörden angegeben, China mit (x) Jahren verlassen zu haben. Sie wurden aufgefordert, Reisepapiere oder Identitätspapiere vorzulegen. Bis zum heutigen Zeitpunkt haben sie keine vorgelegt. Die Herkunftsanalyse ergab, dass Sie nicht im geltend gemachten geographischen Raum aufgewachsen sind und dass Sie nur unzureichend Chinesisch verstehen. Die illegale Ausreise aus dem Land kann nicht geglaubt werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat weiter die Schlussfolgerung gezogen, dass Sie mit

überwiegender Wahrscheinlichkeit in einer exiltibetischen Diaspora gelebt haben. Solche gibt es in Indien und Nepal. Somit liegen unglaubliche Angaben über Ihre Identität vor.

Eine Wegweisung nach China wird bei Personen tibetischer Ethnie, die mit überwiegender Wahrscheinlichkeit in einem Drittstaat (Nepal oder Indien) aufgewachsen sind, nicht angeordnet (BVGE 2014/12 E.5.11).

Gemäss BVGE-Praxis bestehen bei Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in China sozialisiert worden sind folgende mögliche Konstellationen bezüglich der Staatsangehörigkeit:

- a) Besitz der chinesischen Staatsangehörigkeit ohne Aufenthaltsbewilligung in Nepal oder Indien (blosse Duldung im betreffenden Drittstaat);*
- b) Besitz der chinesischen Staatsangehörigkeit mit entsprechender Aufenthaltsbewilligung im Drittstaat Nepal oder Indien;*
- c) Besitz der Staatsangehörigkeit von Nepal oder Indien (und damit einhergehendem Verlust der chinesischen Staatsangehörigkeit).*

Nun folgt der erwähnte Punkt 8:

Papierbeschaffung entweder bei chinesischen oder nepalesischen bzw. indischen Behörden ist zumutbar bzw. ist Sache der Gesuchsteller: Sind keine Identitätsausweise vorhanden oder sind die Herkunft sowie die Asylvorbringen nicht glaubhaft gemacht worden, kann das SEM die asylsuchende Person nicht als Flüchtling anerkennen.

Vertretungen von Indien und Nepal können nur Aufenthaltsbewilligungen ausstellen, wenn die Personen im Land registriert worden sind oder entsprechende konkrete Hinweise vorhanden sind. Geeignete Unterlagen hierzu sind: z.B. Identity Certificate, Schulbescheinigung, Wohnsitzbescheinigung oder Aufenthaltstitel.

Folgende Dokumente sind für das Tibet-Büro in Neu-Dehli erforderlich: Registration Certificate RC oder Identity Certificate IC.

Folgende Dokumente sind für nepalesische Behörden erforderlich: Refugee Card oder Refugee Identity Card.“

Das Gespräch geht dann jeweils etwa so weiter:

„F: Haben Sie dazu Fragen oder Bemerkungen?

A: Da ich nie dort gelebt habe, kann ich auch kein Dokument besorgen. Ich war nur 6 Monate illegal dort, bevor ich in die Schweiz eingereist bin.

F: Sie wurden bereits mehrfach aufgefordert, Ihre Identität zu belegen und Identitäts- oder Reisedokumente zu beschaffen. Was haben Sie diesbezüglich unternommen, resp. was planen Sie? Können Sie diese Aktivitäten belegen?

A: Ich habe keine Reisepapiere besorgen können. Ich würde die Familie im Tibet gefährden. Hätte ich ein Papier, wäre ich schon lange in einem anderen Land.“

Das heisst: Die Person muss also diejenigen Dokumente vorlegen, die sie nicht hat, aber beschaffen möchte...

Das sieht auch eine Einstellungsverfügung aus einem anderen Schweizer Kanton so:

„Weitere Abklärungen beim Migrationsamt des Kantons ergaben, dass auch eine Rückführung nach Nepal oder Indien, von woher der Beschuldigte höchstwahrscheinlich stamme, ausgeschlossen sei, weil der Beschuldigte über keine gültigen Reisepapiere verfüge

und diese Länder nicht bereit seien, gültige Pässe für (Exil-) Tibeter auszustellen. Da der Beschuldigte somit auch von den Vertretungen von Indien und Nepal die erforderlichen Reisedokumente nicht erhältlich machen kann, ist es ihm objektiv nicht möglich, freiwillig in sein Herkunftsland zurückzukehren. Damit könne der Beschuldigte, selbst wenn er sich darum bemühen würde, nichts zur Verbesserung seiner Situation beitragen. ...“

Zusammenfassend: „Darf nicht bleiben – kann nicht gehen“

Die abgewiesene Person kann keine Papiere beschaffen, weder aus China noch aus Nepal oder Indien. Sie hat es zwar versucht, erfolglos. Das SEM beurteilt das als mangelnde Mitwirkung. Womit weder eine erneute Prüfung des Asylgesuchs noch ein Härtefall-Gesuch möglich seien. Die Person bleibt „abgewiesen“.

Die Folgen:

Die betreffende Person muss die Schweiz verlassen. Sie kann aber nirgendwo hin. Deshalb kann der zuständige Kanton sie nicht ausschaffen.

Der zuständige Kanton kann aber ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen anordnen. Diese Massnahmen umfassen einen ganzen Katalog von Zwangsinstrumenten: Festhaltung, Ein- und Ausgrenzung, Administrativhaften. Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft wird von den kantonalen Migrationsbehörden angeordnet und muss innerhalb von 96 Stunden richterlich überprüft werden. Die maximale Dauer aller Administrativhaften zusammen beträgt für erwachsene Personen 18 Monate. Auch Minderjährige ab 15 Jahren dürfen laut Artikel 80 Absatz 4 des geltenden eidgenössischen Ausländergesetzes (AuG) in spezifischen Fällen in Administrativhaft genommen werden.

Hinzu kommt, dass Personen ohne Aufenthaltsberechtigung immer wieder wegen illegalen Aufenthalts bestraft werden können. Der illegale Aufenthalt gilt als sogenanntes Dauerdelikt, das heisst, dass das Delikt mit der Verwirklichung des Tatbestandes nicht abgeschlossen ist. Vielmehr wird der rechtswidrige Zustand durch den „fortdauernden Willen des Täters“ aufrechterhalten und erneuert sich fortlaufend. Betroffene können also aufgrund dieses Tatbestandes jederzeit erneut verurteilt und ggf. in Haft genommen werden. Die maximale Haftdauer für eine Verurteilung wegen illegalen Aufenthalts beträgt ein Jahr.

Auch die Bedingungen in der Nothilfe erhöhen den Druck auf abgewiesene Asylsuchende: Je nach Kanton werden Nothilfebeziehende sehr abgelegen untergebracht oder die Unterbringung erfolgt in Zentren ohne Tageslicht. Zu den Regelungen in Unterkünften für Nothilfebeziehende kann auch gehören, dass diese tagsüber ihre Zimmer verlassen müssen, tägliche Präsenzkontrollen durchgeführt werden, sie ihre Mahlzeiten nicht selber zubereiten können oder der Zugang für Freund*innen und Begleitende zu den Zentren reglementiert wird. Sie erhalten Fr. 8.50 pro Tag oder nur Sachleistungen. Schulpflichtige Kinder von Abgewiesenen gehen intern zur Schule.

Allgemein gilt für abgewiesene Asylsuchende, dass sie keiner Arbeit nachgehen dürfen, keine Berufslehre machen können und dass ihnen keine Sprachkurse finanziert werden.

Völlig offen ist, was mit den weggewiesenen hierbleibenden Personen und ihren Kindern geschehen soll – morgen, übermorgen, in einem Jahr, in zehn Jahren...

Illustration: Lise Wandfluh